



Sarah Lahrkamp
Mitglied des Deutschen Bundestages

Jürgen Coße
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Bundestagsabgeordnete Lahrkamp und Coße: „Gleichberechtigung ist nicht verhandelbar“

8. März ist Internationaler Frauentag – Gleichstellung von Frauen und Männern ist Ziel der SPD-Politik im Bundestag – Aktuelle Initiativen und Gesetze

Ibbenbüren, 06.03.2024
Anlagen: Pressefoto

Sarah Lahrkamp, MdB

Büro Rheine
Poststr. 28
48431 Rheine
Telefon: +49 (0)5971 / 804587
E-Mail:
sarah.lahrkamp.wk@bundestag.de

Berliner Büro
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 (0)30 227-71642
E-Mail:
sarah.lahrkamp@bundestag.de

Jürgen Coße, MdB

Wahlkreisbüro
Breite Str. 5
49477 Ibbenbüren
Tel.: +49 (5451) 9979077
juergen.cosse.wk@bundestag.de

Pressekontakt
Dr. Marina Stalljohann-Schemme
Breite Str. 5
49477 Ibbenbüren
Tel.: +49 (5451) 9979077
0176 64853106
Juergen.cosse.ma07@bundestag.de

Kreis Steinfurt/Berlin. „Die SPD-Bundestagsfraktion kämpft für die Gleichstellung von Frauen und Männern. Gleichberechtigung ist nicht verhandelbar“, sagt die SPD-Bundestagsabgeordnete für das Tecklenburger Land und das nördliche Münsterland, Jürgen Coße. Hierzu würden die faire Verteilung von Sorge- und Erwerbsarbeit, mehr Frauen in Führungspositionen, gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit und eine gute Rente gehören, die nicht vom Geschlecht abhängen. Coße: „Wir wollen, dass Frauen selbstbestimmt über ihre Familienplanung entscheiden und ihr Leben frei von Gewalt gestalten können.“

„Wir stärken die gemeinsame Verantwortung privater Sorgearbeit, indem wir eine Familienstartzeit einführen, die eine zweiwöchige Freistellung des Partners oder der Partnerin nach der Geburt eines Kindes umfasst“, sagt auch die SPD-Bundestagsabgeordnete aus dem Kreis Steinfurt und Mitglied im Familienausschuss, Sarah Lahrkamp. Außerdem setze sich die SPD im Bundestag für verbesserte Mutterschutz- und Elterngeldregelungen ein.

Lahrkamp: „Wir werden sogenannte Gehsteigbelästigungen von Abtreibungsgegnern gesetzlich unterbinden und so das Recht auf reproduktive Selbstbestimmung stärken.“ Die Kommission der Bundesregierung zur reproduktiven Selbstbestimmung und Fortpflanzungsmedizin prüfe unter anderem Regulierungen von Schwangerschaftsabbrüchen außerhalb des Strafrechts. Lahrkamp: „Im April wird sie ihre Ergebnisse vorlegen. Die politische und gesellschaftliche Debatte dazu ist längst überfällig.“

Konsequent bekämpfe die Bundesregierung Gewalt gegen Frauen und sie werde einen Rechtsanspruch auf Schutz vor Gewalt einführen. Das Bundesfrauenministerium erarbeite aktuell ein entsprechendes Gewalthilfegesetz. „Rechtsextreme, Antifeministen, Antifeministinnen und Ewiggestrige versuchen, gleichstellungspolitische Erfolge zurückzudrehen. Das werden wir nicht dulden. Indem wir Geschlechtergerechtigkeit fördern, stärken wir auch unsere Demokratie – und umgekehrt. Wir



kämpfen für eine moderne Gesellschaft, in der die Gleichberechtigung von Frauen selbst-verständlich und unumstößlich ist“, betonen Lahrkamp und Coße.